



# AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postfach 527, A-5010 Salzburg Fax (0662)8042-2160 633028 DVR: 0078182

Chiemseehof

**Zahl**

(0662) 8042

**Datum**

wie umstehend

Nebenstelle 2285

06 -07- 1992

**Betreff**

wie umstehend

**An**

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung  
Landhaus  
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung  
Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung  
Herrengasse 9  
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung  
Klosterstraße 7  
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Hofgasse  
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung  
Maria-Theresien-Straße 43  
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung  
Lichtenfelsgasse 2  
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ Landeregierung  
Schenkenstraße 4  
1010 Wien
- ✓ 10. das Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

GESETZENTWURF	
Zl. 58	GE/19. 12
Datum: 7. JULI 1992	
Verf. 10. Juli 1992	

*Dr. Hueber*

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Hueber  
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

☒ Postfach 527, A-5010 Salzburg ☒ Fax (0662)8042-2160 ☒ Tlx 633028 DVR: 0078182

An das  
Bundesministerium für Arbeit  
und Soziales  
Stubenring 1  
1010 Wien

**Chiemseehof****Zahl****(0662) 8042****Datum**

0/1-1157/10-1992

**Nebenstelle 2869****3.7.1992**

Mag. Buchsteiner

**Betreff**

Entwurf eines Bundespflegegeldgesetzes; Stellungnahme

**Bzg.:** Do. Zl. 44.170/41-9/1992

Zum obbezeichneten Gesetzentwurf gibt das Amt der Salzburger Landesregierung im Rahmen der Begutachtung vorerst eine grundsätzliche Stellungnahme bekannt. Auf Grund der kurzen Begutachtungsfrist kann zu den einzelnen Sachfragen noch nicht Stellung genommen werden. Diese bleibt einer weiteren schriftlichen Äußerung vorbehalten.

Schon an dieser Stelle wird aber auf die im Rahmen der Vorbegutachtung zum Vorentwurf eines Bundespflegegeldgesetzes geäußerten Bedenken (Stellungnahme vom 20.2.1992) hingewiesen.

Die Finanzierungsvorstellungen sind für das Land Salzburg nach wie vor unakzeptabel. Die Umwälzung des finanziellen Aufwandes auf die Länder wird auf das Schärfste zurückgewiesen. Andere Arten der Finanzierung sind vorweg zu finden.

Die Landesfinanzreferentenkonferenz hat in dieser Angelegenheit am 3.6.1992 folgenden Beschluß gefaßt:

- "1. Der Entwurf des Bundespflegegeldgesetzes ist in Begutachtung, und die Länder werden im Rahmen des Begutachtungsverfahrens ihre Stellungnahmen abgeben. Eine erste Durchsicht der Ko-

- 2 -

- stenbestimmungen des vorliegenden Gesetzesentwurfes zeigt, daß diese offenbar unverändert gegenüber dem Entwurf des Vorbegutachtungsverfahrens geblieben sind. Die Länder halten daher vorerst an ihren im Vorbegutachtungsverfahren abgegebenen ablehnenden Stellungnahmen zu den Kostenbestimmungen fest.
2. Unvorgreiflich eines näheren Studiums des vorliegenden Gesetzesentwurfes kann der Bund bei Erlassung eines Bundespflegegeldgesetzes nicht von der Voraussetzung ausgehen, daß die Länder sich hinsichtlich der in ihrem Wirkungsbereich bereitzustellenden Geld- und Sachleistungen künftige Verpflichtungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht vorschreiben lassen.
  3. Schließlich wird, ebenfalls unvorgreiflich eines näheren Studiums des Gesetzentwurfes darauf hingewiesen, daß die Vollziehung des Bundespflegegeldgesetzes von jenen Stellen wahrzunehmen ist, die bereits bisher im Bundespflegebereich zur Liquidierung pflegegeldbezogener Leistungen zuständig sind.
  4. Die Landesfinanzreferentenkonferenz fordert, daß sie in die Verhandlungen über die Aufbringung der Mittel in Zusammenhang mit dem Bundespflegegeldgesetz gemeinsam mit den Landessozialreferenten miteingebunden wird."

Auf Grund des hohen Leistungsstandards der Pflegevorsorge und vor allem auf Grund der noch völlig ungeklärten Finanzierung haben die Finanzausgleichspartner am 17.6.1992 beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese Arbeitsgruppe soll unter dem Vorsitz des Bundesministers für Finanzen und unter Beiziehung des Bundesministers für Arbeit und Soziales gemeinsam mit Länder- und Gemeindevertretern die Angelegenheit weiterbehandeln. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe sind Voraussetzung für die Weiterverfolgung des Vorhabens.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber

Landesamtsdirektor